

# 4 75

# Union in Deutschland

Bonn, den 23. Januar 1975

## Die Union steht zu Berlin

Mit ihren Sitzungen in Berlin setzten Präsidium und Bundesvorstand der Union ein neues Zeichen der engen Verbundenheit des freien Teils der Stadt mit der Bundesrepublik Deutschland. Die CDU fordert verstärkte Maßnahmen zur Förderung der Berliner Wirtschaft zur Lebenssicherung der Bevölkerung.

Unter Vorsitz von Helmut Kohl verabschiedete der Bundesvorstand eine Erklärung zur aktuellen Situation der innerdeutschen Beziehungen, in der sich die CDU schärfstens gegen eine offenbar geplante Abtretung des östlichen Elbe-Abschnittes zwischen Schnackenburg und Lauenburg wendet, weil dies einen unnötigen Verzicht auf Bundesgebiet ohne Gegenleistung darstellen würde.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird aufgefordert, die erweiterten Besuchs- und Reisemöglichkeiten in die DDR mehr und häufiger zu nutzen. Kontakte mit Repräsentanten der sich dort ebenfalls CDU nennenden Partei werden von der Union entschieden abgelehnt, weil diese Partei in keiner Weise für uns kompetent ist.

*Der Bundesvorstand befaßte sich außerdem mit der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik. (Wortlaut der Erklärungen Seite 5/6 und Dokumentation.)*

### ■ JUGENDLICHE

sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Die Union wird ein Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und damit zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit einbringen.

Seiten 7/8

### ■ FDP

Daß die FDP nicht mehr fähig ist zu einer konsequenten Politik, geht aus ihren widersprüchlichen Aussagen zur Mitbestimmung hervor.

Seiten 11/12

### ■ KPV

Ein Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitiker ist ins Leben gerufen worden und soll in dreijährigem Turnus ausgeschrieben werden. Seite 14

### ■ SOZIALBUDGET

Mit überholtem, der Entwicklung nicht angepaßtem Zahlenmaterial stellt die Bundesregierung ein Sozialbudget auf, das zu falschen Entscheidungen führen muß. Dokumentation

### ■ NEUES VERSANDZENTRUM

Ab 1. Februar  
IS Versandzentrum  
4830 Gütersloh 1  
Postfach 6666

Seite 15

## ■ INFORMATIONEN

### Prof. Karl Carstens stellt klar

Zum Stand und zum Verfahren in der Angelegenheit Gewandt sind in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 21. Januar 1975 zwei Erklärungen abgegeben worden.

1. Der Fraktionsvorstand ist der Auffassung, daß eine abschließende Würdigung des Gesamtkomplexes erst nach Abschluß der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen erfolgen sollte. Bis dahin bleibt es bei der Beurlaubung des Herrn Kollegen Gewandt von allen Ämtern in der Fraktion und von der Teilnahme an den Fraktionsitzungen.

2. Prof. Karl Carstens erklärt: Ich habe nicht erst im Oktober, sondern bereits im Spätsommer 1974 erste Hinweise erhalten, daß Herr Gewandt in Briefen an einen mir bis dahin nicht bekannten Herrn Marxen Geldspenden erbeten hatte. Ich habe darauf im September 1974 Herrn Gewandt nahegelegt, selbst zu beantragen, daß der Ältestenrat (Ehrenrat) der CDU/CSU-Fraktion die Angelegenheit untersuchen sollte. Herr Gewandt hat diesen Antrag gestellt. Darauf habe ich noch im September die Angelegenheit dem Ältestenrat unterbreitet. Am 3. Dezember 1974 hat kein Gespräch zwischen Herrn Gewandt und mir stattgefunden. Ich habe auch zu keinem anderen Zeitpunkt weder direkt noch indirekt Herrn Gewandt über den Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen oder über eine bevorstehende Aufhebung seiner Immunität unterrichtet oder mit ihm vor Beginn der Durchsuchung ein Gespräch darüber ge-

führt, wie die Angelegenheit weiter behandelt werden sollte. Von einem Brief den Herr Gewandt am 3. Dezember 1974 an mich geschrieben haben soll, habe ich keine Kenntnis erlangt.

Ich lege entscheidenden Wert auf die Feststellung, daß ich von dem frühestmöglichen Zeitpunkt an das Erforderliche getan habe, die Angelegenheit restlos und möglichst schnell aufzuklären.

### Beste Konjunkturpolitik: Regierungswechsel

Ein Regierungswechsel in Düsseldorf und danach in Bonn wäre nach Worten des NRW-CDU-Chef Köppler „Auf Dauer die beste Konjunkturpolitik“. Der sozial-liberalen Koalition in Bund und NRW hielt er vor, ihre Politik habe „über Jahre zu einem solchen Zusammenbruch der Vertrauensbasis aller an der Wirtschaft Beteiligten“ geführt. Jetzt seien die SPD/FDP-Regierungen „einfach nicht mehr in der Lage, neues Vertrauen aufzubauen“.

### Truppenstärke wird nicht verringert

Die Bundesregierung hat ihre Absicht aufgegeben, die ständige Friedensstärke der Bundeswehr von insgesamt 495 000 Soldaten schon jetzt dadurch zu verringern, daß sich jeweils 30 000 Mann nicht bei der Truppe, sondern in sogenannter „Verfügungsbereitschaft“ befinden. Nachdem Leber außerdem zugesagt hat, die sechs Wehrbereichskommandos bestehen zu lassen sowie die beabsichtigte Änderung der Truppenstruktur noch einmal zu überprüfen, stimmte die CDU/CSU im Verteidigungsausschuß dem Entwurf des 9. Änder-

rungsgesetzes zum Wehrpflichtgesetz zu, mit dem die rechtlichen Voraussetzungen zur Bildung einer „Verfügungsbereitschaft“ geschaffen werden. Die CDU/CSU hat damit, wie der Abgeordnete Dr. Manfred Wörner feststellte, ihre wesentlichen Forderungen in allen drei Kernbereichen durchgesetzt. Die Absprache bedeute „einen Sieg der Vernunft“, der wohl eine Konsequenz der „schwieriger gewordenen Lage“ sei.

## Wehrpolitik mit Ehefrauen von Soldaten

Einen wehrpolitischen Kongreß, an dem zum ersten Male auch Ehefrauen teilnehmen können, veranstaltet die Hamburger CDU am 25. Januar. Sie begründet diese erweiterte Einladung damit, daß die Ehefrauen der Soldaten vom Beruf ihres Mannes mitbetroffen seien. Der Kongreß wird mit einem Referat des früheren Generalinspektors Ulrich de Maiziere eingeleitet.

## Apel könnte 27 Stellen einsparen

Im Bundesfinanzministerium könnten nach dem Rücktritt des für die Steuerreform eingesetzten Parlamentarischen Staatssekretärs Konrad Porzner 27 weitere Stellen wegfallen. Eine entsprechende Forderung des CDU-Abgeordneten Horst Schröder (Lüneburg) an das Ministerium ist ohne Angaben von Gründen dahin beantwortet worden, daß diese Stellen „weiterhin benötigt“ würden. „Hier zeigt sich der eklatante Widerspruch von großen Worten und nicht folgenden Taten, der die Politik dieser Regierung kennzeichnet“, meinte Schröder.

## ■ STICHWORTE

### Die Bundesregierung

*mußte im Parlament zugeben, daß sie vor den bayerischen Landtagswahlen SPD-Zeitungen 170 812,88 DM zuwendete, indem sie von ihnen eine Verkehrs-sicherheitsbeilage vertreiben ließ.*

### Die Bundesbahn

*hat keinen Betriebszweig mehr, der kostendeckend arbeitet. Ihr Defizit stieg auf 3,25 Milliarden DM (1974). Der Personenverkehr, der bisher noch rentabel arbeitete, ist jetzt auch in die roten Zahlen geraten.*

### Das geplante

*Europäische Zentrum für Berufsbildung soll in West-Berlin errichtet werden. Diesen Beschluß faßten die EG-Außenminister in Brüssel.*

### Die Drohung

*mit politisch motivierten Gewalttaten ist in NRW um das Fünffache seit dem Vorjahr gestiegen.*

### „Noch nie

*ging es uns so gut wie heute.“ Motto einer mit Steuergeldern finanzierten Hochglanzbroschüre der Bundesregierung für Landtagswahlkämpfe.*

### Für Kernkraftwerke

*hat sich die Bevölkerung in Baden-Württemberg zu 68 Prozent ausgesprochen. Gegen den Bau von Atomreaktoren stimmten 16 Prozent. Der Rest war ohne Meinung.*

## ■ STEUERREFORM

### SPD/FDP-Koalition hat wieder zu viel versprochen

**Presse, Fernsehen und Hörfunk berichten sehr ausführlich über die Erklärung des „Bundes der Steuerzahler“ wie des „Bundes der Steuerbeamten“ zu der am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Steuerreform. Hermann Fredersdorf, Vorsitzender des „Bundes der Steuerbeamten“ und Mitglied der SPD, erklärte, zu viele Hoffnungen würden von der Steuerreform enttäuscht. Der Münchner Merkur schreibt: „Die SPD/FDP-Koalition hat wieder einmal den Mund zu voll genommen.“**

**A**uch von einer Entlastung der Finanzämter durch die Reform, so Fredersdorf, könne keine Rede sein. „Statt bisher 13 werden jetzt etwa 20 Millionen Anträge auf Lohnsteuerjahresausgleich gestellt werden. Angesichts dieser Flut werden Rückzahlungen erst bis September 1976 möglich sein.“ Nach Berechnungen des „Bundes der Steuerbeamten“ müssen die Steuerzahler dem Staat jährlich 3,5 Milliarden DM durch Steuerüberzahlungen zinslos kreditieren.

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, gab folgende Erklärung ab:

„Die ersten Erfahrungen der Steuerzahler und der Steuerverwaltung mit dem sogenannten Reformgesetz der Bonner Regierungskoalition bestätigen die eindringlichen Warnungen der CDU/CSU

vor dem gewählten Verfahren und wichtigen Einzelbestimmungen.“ Wir haben im Bundesrat und Bundestag gefordert 1974 wirksame Sofortentlastungen für die Steuerzahler zu beschließen und die sehr umstrittenen schwierigen Fragen tiefgreifender Systemveränderungen ohne Zeitdruck später zu entscheiden. Der damalige Bundesfinanzminister Schmidt und die Koalitionsparteien setzten sich über diese Vorschläge und die nachdrücklichen Bedenken der Wissenschaft, der Steuerbeamten und Steuerzahler leichtfertig hinweg.

Im Vermittlungsverfahren habe die Union deshalb lediglich einige wenige wichtige Verbesserungen erreichen können: Vor allem eine um zwei Milliarden Mark stärkere steuerliche Entlastung für kleinere und mittlere Einkommensbezieher, den Abzug der Sonderausgaben von der Bemessungsgrundlage statt von der Steuerschuld und steuerliche Vergünstigungen für die Familien zur Ausbildung von Jugendlichen. Wenn die Koalition nicht auf der Systemumstellung auch beim Kindergeld zum 1. Januar 1975 bestanden, sondern eine Übergangsregelung für ein Jahr angenommen hätte, wäre die kostspielige Umstellung auf die Arbeitsverwaltung vermeidbar gewesen.

Jetzt werden die von uns befürchteten Nachteile insbesondere für berufstätige verheiratete Frauen, ältere Mitbürger und viele Steuerzahler mit mittleren Einkommen wirksam. Die Behauptung von FDP/SPD, nur die Reichen müßten mehr zahlen, erweist sich als bloße Propaganda. Wir halten es für erforderlich, die negativen Auswirkungen der neueren Steuergesetzgebung Ende 1975 durch eine unabhängige Sachverständigenkommission prüfen zu lassen und Vorschläge für eine gerechtere Lösung zu erarbeiten.“

## BUNDESVORSTAND

# Warnung vor neuem Nachgeben gegenüber DDR-Forderungen

**Die Berliner Erklärung des Bundesvorstandes der CDU zu der aktuellen Situation der innerdeutschen Beziehungen hat folgenden Wortlaut:**

Die CDU ist der Auffassung, daß die Maßnahmen zur Förderung der Berliner Wirtschaft erhalten und ausgebaut werden müssen. Die von Bundeskanzler Schmidt in Berlin abgehaltene Wirtschaftskonferenz darf nicht — wie zahlreiche andere Berlin-Ankündigungen der SPD/FDP-Bundesregierung — im Sande verlaufen, sondern muß zu konkreten Vorteilen für die Berliner Wirtschaft und Bevölkerung führen.

In ihrem Berlin-Programm hat die Berliner CDU einen weitreichenden Katalog von Forderungen zur Lebenssicherung der Berliner Bevölkerung und Wirtschaft den halbherzigen Versprechungen der SPD entgegengestellt. Die CDU Deutschlands befürwortet die konkreten Sachaussagen dieses Programms und wird sich in der Regierungsverantwortung mit aller Kraft für deren Verwirklichung einsetzen.

Dem stetigen Versuch des SED-Chefs Honecker, die Vertretung des freien Teil Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland zu sabotieren, stellt die Union entschlossenen Widerstand entgegen. Der vor wenigen Tagen wiederholten Äußerung Honeckers, West-Berlin gehöre nicht zum Bund, begegnet die CDU mit den Forderungen:

■ Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Berlin-Abkommens muß verbindlich durchgesetzt werden.

■ Berlin (West) ist in alle Verträge der Bundesrepublik mit Ländern des Ostblocks voll einzubeziehen.

■ Berlin (West) wird durch die Bundesrepublik völkerrechtlich vertreten, wie im Vier-Mächte-Abkommen vorgeesehen.

Die Führungsgremien der CDU beschäftigten sich überdies mit den Vorschlägen der DDR zum Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen Berlin und dem Bundesgebiet. Wie bei der Erhöhung der zinsfreien Kredite für die DDR besteht die erneute Gefahr, daß die Bundesregierung wiederum dem konsequenten Verhandlungswillen der DDR unterliegt und übertölpelt wird.

Die CDU wendet sich schärfstens gegen eine offenbar geplante Abtretung des östlichen Elbe-Abschnittes zwischen Schnackenburg und Lauenburg an die DDR, weil dies einen unnötigen Verzicht auf Bundesgebiet ohne Gegenleistung darstellen würde.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands sieht eine vordringliche Aufgabe ihrer Deutschlandpolitik darin, die menschlichen Bindungen in Deutschland zu festigen und zu intensivieren und fordert unsere Mitbürger auf, die erweiterten Besuchs- und Reisemöglichkeiten in die DDR mehr und häufiger zu nutzen.

## ■ ÖFFENTL. DIENST

### Gesamtkonzept für Personalkosten notwendig

**Die Bundesregierung hat jetzt verschiedene Anhebungsvorschläge aus Gesetzentwürfen, die sie bereits in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht hat, wieder zurückgezogen. Angesichts einer Rekordverschuldung der öffentlichen Haushalte im kommenden Jahr widerspricht die Opposition — ebenso wie alle elf Landesregierungen — dem Vorhaben im Grundsatz nicht, vorbehaltlich der notwendigen parlamentarischen Prüfung der Einzelpunkte.**

**D**er Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der Fraktion, Friedrich Vogel, erklärte dazu folgendes:

Ich warne aber vor einer Überschätzung: Die Zurückziehung von Vorschlägen für insgesamt 180 Mill. DM erspart eine Erhöhung der gesamten öffentlichen Personalausgaben um etwa 1,5 Promille. Die Probleme sind damit aber ganz und gar nicht gelöst. Notwendig bleibt ein vernünftiges Gesamtkonzept zur Begrenzung der Personalkostenanteile in den öffentlichen Haushalten. Dazu muß insbesondere gehören:

■ Abbau von Doppelarbeit und anderen unnötig komplizierten Regelungen, die sich noch viel zu oft in den verschiedensten Gesetzen finden; als ersten Schritt dazu haben wir kürzlich bean-

tragt, daß künftig Gesetzentwürfen eine Schätzung der zu ihrer Durchführung voraussichtlich erforderlichen Stellen und Arbeitsstunden beigelegt werden muß.

■ Vor Erweiterungen des öffentlichen Dienstes Überprüfung, ob neue Aufgaben nicht besser privatwirtschaftlich erfüllt werden können.

■ Festes Verfahren zur Zusammenrechnung der in einem Jahr vorgesehenen linearen Besoldungs- und Vergütungserhöhungen mit allen sog. „strukturellen Verbesserungen“, z. B. durch Stellenhebungen. Die daraus sich ergebende durchschnittliche Gesamterhöhung sollte sich an der Durchschnittsentwicklung der Löhne und Gehälter außerhalb des öffentlichen Dienstes orientieren.

Pauschale Negativurteile über die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollten in diesem Zusammenhang gar nicht angebracht werden. Sie widersprechen internationalen Vergleichen, die einen hohen Leistungsstandard unseres öffentlichen Dienstes bestätigen und verkennen, daß Zunahme und Komplizierung der Aufgaben meistens auf politischen Entscheidungen der Parlamente in Bund und Ländern beruht haben und beruhen.

Zurückzuweisen ist auch der im „Spiegel“ wiederholte, alberne Versuch, die Kostenprobleme des modernen Verwaltungsstaates auf den Beamtenstatus zurückzuführen. Die gleichen Probleme treten in ausländischen Verwaltungen ohne vergleichbaren Rechtsstatus und auch in großen privatwirtschaftlichen Unternehmen genauso oder stärker auf. Die Staaten des Ostblocks kennen keine Beamten, aber eine Staatsbürokratie, die alles und sonst bekannte in den Schatten stellt.

## JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

# Sofortprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels

**Die Überwindung des Lehrstellenmangels und damit die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit sind das Ziel eines Dringlichkeitsprogramms, das die CDU/CSU-Fraktion in Kürze im Bundestag einbringen wird. In einer einstimmig angenommenen Entschließung stellt die Fraktion zur aktuellen Situation der beruflichen Bildung folgendes fest:**

① Die derzeitige Jugendarbeitslosigkeit ist vor allem ein konjunkturelles, z. T. auch strukturelles Problem und weniger durch einen Mangel an Lehrstellen bedingt. Die CDU/CSU betrachtet es als eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn Teile der Bundesregierung versuchen, von der durch ihre Politik zu verantwortenden konjunkturellen Entwicklung als eigentliche Ursache für den überwiegenden Teil der Jugendarbeitslosigkeit abzulenken und damit gleichzeitig den Versuch zu verbinden, ihre von einseitiger Ideologie geprägten Berufsbildungspläne durchzusetzen.

② Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürchtet allerdings, daß sich die Jugendarbeitslosigkeit über ihre vornehmlich konjunkturellen Ursachen hinaus erheblich verschärft, wenn eine falsch angelegte Berufsbildungspolitik zu einer solchen Minderung des Lehrstellenangebots führt, daß 1975 und 1976 eine zunehmende Zahl von jungen Men-

schen keine Ausbildungsplätze findet. Da die Zahl der Schulabgänger von Haupt- und Realschulen ab 1975 pro Jahr in einer Größenordnung von etwa 20 000 zunimmt, muß die Zahl der Ausbildungsplätze der letzten Jahre nicht nur gehalten, sondern kontinuierlich ausgeweitet werden.

③ Deshalb geht es in der Berufsbildungspolitik jetzt zuerst vor allem um

- die Stärkung der Ausbildungsbereitschaft in der gesamten Wirtschaft;
- die Mobilisierung aller Kräfte für den Ausbau des beruflichen Bildungswesens und für die Sicherung der notwendigen Ausbildungsqualität.

Nach der jahrelangen Diffamierung der betrieblichen Ausbildung auch und gerade durch Kräfte, welche die derzeitige Bundesregierung tragen, fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Ankündigungen und Maßnahmen zu unterlassen, die zu einer weiteren Verunsicherung der in der Berufsbildung Engagierten führen, sowie eine Umkehr in ihren Reformmotiven zu vollziehen.

④ Dazu gehört u. a.:

- Stärkung des Lernortes Betrieb;
- keine Überforderung der Ausbildungsbetriebe, insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft durch überzogene und praxisferne Anforderungen in den Ausbildungsordnungen;

eine bessere Abstimmung zwischen Betrieb und Schule (Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne);

mehr Flexibilität in den Ausbildungsordnungen, damit vor Ort überhaupt noch eine sinnvolle Koordinierung des Bildungsprozesses zwischen Betrieb und Schule möglich ist;

ein neuer Zuschnitt der Felder der beruflichen Grundbildung, um eine ausreichende Koordination von Grundbildung und Fachbildung zu gewährleisten;

der Verzicht darauf, in Verordnungen auch solchen Ausbildern ihre Qualifikation zu bestreiten, die mit nachgewiesenem Erfolg langjährig in der Berufsausbildung tätig waren;

ausreichende Förderung überbetrieblicher Lehrwerkstätten zur Ergänzung der betrieblichen Ausbildung.

5 Aus diesen Gründen wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jeden Plan ablehnen, der — wie auch gegenwärtig in der Bundesregierung erwogen — zum Ziel hat:

eine Verstaatlichung oder Aufhebung der Selbstverwaltung und im Gefolge davon eine Bürokratisierung und Politisierung der Berufsbildung;

eine Finanzierungsregelung, deren Anwendung und deren Ausgestaltung durch eine Rechtsverordnung ausschließlich in die Willkür der Bundesregierung gelegt wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion äußert die Sorge, daß die Bundesregierung immer noch nicht die Lehren aus dem Scheitern der Berufsbildungspläne der Regierung Brandt gezogen hat. Die bisher bekannt gewordenen Pläne der Regierung Schmidt führen nach Überzeugung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verunsicherung und Resignation der Ausbildungsbetriebe und

damit zu einem gefährlichen Rückgang der Lehrstellen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion befürchtet, daß derartige verhängnisvolle Entwicklungen dann von der Bundesregierung zum Anlaß für eine Finanzierungsregelung genommen werden sollen, welche insbesondere der mittelständischen Wirtschaft neue Belastungen auferlegen. Einer solchen Finanzierungsregelung wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zustimmen.

Im übrigen bekräftigt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut die Ziele ihres einstimmig beschlossenen und im Bundestag am 29. März 1974 eingebrachten Antrags zur Reform der beruflichen Bildung und Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BT-Dr. 7/1908).

6 Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Deutschen Bundestag ein Dringlichkeitsprogramm zur Überwindung des Lehrstellenmangels und damit zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit einbringen. Bestandteile dieses Programms werden u. a. sein:

Im Rahmen der Konjunkturprogramme Anreize und Hilfe für Betriebe, die trotz der gegenwärtigen konjunkturellen Situation zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten;

Gleichstellung der Förderung des Ausbildungsplatzes mit der Förderung des Arbeitsplatzes in den Förderungsprogrammen von Bund und Ländern;

Erweiterung des Ausbildungsplatzangebotes der öffentlichen Hand mindestens entsprechend ihrem eigenen Bedarf;

Verstärkung des Angebots an berufsvorbereitenden Maßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit und andere Träger mit dem Ziel, die Chancen leistungsschwacher Jugendlicher, in ein Ausbildungsverhältnis vermittelt zu werden, zu verbessern.

## KOALITION

### Korsettstangen für Wehner

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt offiziell einen „Geschäftsführenden Vorstand“, der von der Fraktion bestätigt und in die Geschäftsordnung aufgenommen wurde. Dem Leitungsorgan gehören der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner, die fünf stellvertretenden Vorsitzenden und die vier Geschäftsführer an. Bisher hatte diese Gruppe schon inoffiziell zusammengearbeitet und Sitzungen vorbereitet.

Der Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion, sich erstmals in ihrer Nachkriegsgeschichte einen geschäftsführenden Vorstand, also ein engeres Lenkungsgremium, zu geben, ist eine späte Reaktion auf das Ausscheiden ihres Fraktionsführers Karl Wienand. Damit geht eine Phase zu Ende, in der zwei Männer — der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner und Wienand — mit nahezu unbeschränkten Vollmachten die mittlerweile stärkste Fraktion des Bundestags regierten.

### Steuererhöhung nach NRW-Wahl

Die Union befürchtet, daß die Bundesregierung wegen der Haushaltsdefizite und der Kosten für Arbeitslose allen Demontis zum Trotz nach den NRW-Wahlen zu einer „massiven“ Erhöhung der Mehrwertsteuer greift. Es ist außerdem zu befürchten, daß Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung erneut zur Kasse gebeten werden.

Die Bundesregierung geht bei Voraus-schätzungen über die Ausgaben der BfA von einer Arbeitslosenzahl für 1975 von rund 500 000 und bei Kurzarbeitern von

150 000 aus, während in Wirklichkeit mit höheren Zahlen gerechnet werden muß: 600 000 Arbeitslose im Jahresschnitt würden das BfA-Defizit um rund 800 Mill. DM, 700 000 um rund 1,6 Mrd. DM erhöhen. Da Rückgriffe auf Rücklagen der Versicherung nicht möglich sind, bleiben nur höhere Steuergelder oder höhere Beiträge als Ausweg.

### SPD droht undemokratische Opposition zu werden

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Heinz Kühn ist im Pressedienst seiner Partei noch einmal auf seine These von der Unregierbarkeit der Bundesrepublik im Fall einer CDU/CSU-Bundesregierung eingegangen: „Die dann aus der Regierungsverantwortung und Regierungsbeteiligung herausgedrängte SPD könnte in die linke Polarisierung abgedrängt werden.“

Frage an Heinz Kühn: Heißt dieses „unregierbar“ also: Eine demokratisch gewählte CDU/CSU-Regierung hätte mit einer undemokratischen SPD-Opposition zu rechnen? Dazu die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (14. 1. 1973): „Das wäre schon eine seltsame Auffassung von parlamentarischer Demokratie von Volksherrschaft durch Wahlen: Wenn wir den Kanzler nicht haben, werden wir radikal und machen den Staat unregierbar, so lange, bis wir den Kanzler wiederbekommen.“

### SPD-Senatorin tritt zurück

Die Bremer SPD-Senatorin für Jugend, Soziales und Sport, Frau Bürgermeister Mevissen, hat ihren Rücktritt erklärt. Der Schritt der 60 Jahre alten Politikerin, die seit 23 Jahren dem Bremer Senat angehört, kam völlig überraschend. In politi-

schen Kreisen Bremens ist man sicher, daß der Rücktritt der engagierten Sozialdemokratin acht Monate vor der Landtagswahl im September mit der kürzlich bekanntgewordenen Kandidatenliste der SPD-Mandatskommission in engem Zusammenhang steht. Frau Mevissen habe mit ihrem Rücktritt verhindern wollen, daß ihr Ressort in die Hände eines „Linken“ kommt.

## Reformer Maihofer

Heimlich hat das Bundesinnenministerium die bisherige Abteilung für die Angelegenheiten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in die neue Abteilung „Vertriebene und Kultur“ überführt, die sich mit ihren 15 Referaten vornehmlich kulturellen Aufgaben widmen soll. Zu diesem Vorgang stellt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, fest:

„Maihofer zeigt, wie man den öffentlichen Dienst radikal reformiert: Wozu einst ein — wenn auch kleines — Bundesministerium nötig war, dafür ist ihm eine Abteilung noch zu groß, eine Unterabteilung tut's ja auch! Auf diese Weise läßt sich auch überzeugend beweisen, wie sehr den Innenminister die kulturellen und sozialen Anliegen der rd. 15 Millionen Vertriebenen und Flüchtlinge — Heimkehrer, nicht-deutsche Flüchtlinge, Kriegsgeschädigte nicht gerechnet — am Herzen liegen.“

## Einladung aus Moskau

Unter dieser Überschrift gibt der „Spiegel“ (13. 1. 1973) folgende Information: „Leonid Breschnew möchte für Willy Brandt eine Triumph-Reise durch die Sowjetunion arrangieren. Nach dem Willen des erkrankten KP-Chefs wird der SPD-Vorsitzende in seiner Eigen-

schaft als ehemaliger Bundeskanzler im März in Moskau empfangen werden, wobei ihm dann alle Ehren eines regierenden Staatsmannes zugute kommen sollen. Vierzehn Tage lang wird Brandt quer durch das Sowjet-Reich unterwegs sein — für den Deutschen soll es keine Geheimnisse geben.

Wie ernst es dem Kommunisten mit der Freundschaft zu dem Sozialdemokraten ist, bewies Breschnew bereits mehrfach: Wenige Tage nach Brandts Rücktritt vom Kanzleramt im Mai vergangenen Jahres kam auf dem Bonner Venusberg ein 50-Pfund-Faß Kaviar aus Moskau an. Zum 61. Geburtstag Brandts, am 18. Dezember, überreichte Sowjetbotschafter Falin einen Strauß mit altrosa Rosen, eigens aus Moskau eingeflogen, und zu Weihnachten ließ Breschnew eine Kiste erlesener Alkoholika überreichen.“

## Rache für Friedeburg

Mit seiner weit nach links überzogenen Schulpolitik hatte der ehemalige hessische Kultusminister Ludwig von Friedeburg nicht nur der hessischen SPD geschadet. Als der Koalitionspartner FDP in Hessen seine Kaltstellung forderte, gab die SPD nach. Diese Koalitions-Raison wird nicht von allen Genossen an der Basis geteilt. Sie üben jetzt „Rache“: So hat sich der SPD-Unterbezirksvorstand Main-Kinzig für ein Parteiaus-schlußverfahren gegen den Leiter der Hanauer Hohen Landesschule, Wolfgang Haseloff, ausgesprochen. Haseloff, seit 25 Jahren SPD-Mitglied und vor einigen Jahren einer der Avantgardisten der hessischen Schulpolitik, wird jetzt zum Vorwurf gemacht, daß er während des Wahlkampfes die Rahmenrichtlinien von Friedeburgs im „ZDF-Magazin“ öffentlich kritisierte.

## ■ FDP UND MITBESTIMMUNG

# Eskalation der Widersprüche

**Die innere Zerrissenheit der FDP und ihre daraus resultierende Unfähigkeit zu klaren politischen Konzepten wird besonders deutlich an Hand der widersprüchlichen Aussagen der Parteispitze zur Mitbestimmung.**

**20. 1. 1974** Sprecher der Bundesregierung: Koalition einig über Mitbestimmung.  
(dpa)

**30. 1. 1974** Einigung über Mitbestimmung ist unumstritten.  
(FDP-Fraktionssprecher lt. dpa)

**31. 1. 1974** Vorstellungen der FDP wurden durchgesetzt.  
(FDP-Generalsekretär Bangemann lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“)

**1. 2. 1974** FDP steht „voll und ganz“ hinter dem Koalitionspapier.  
(Graf Lambsdorff, Wirtschaftssprecher der FDP im Bundestag, lt. AP)

**4. 2. 1974** Zwist in der Mitbestimmung: FDP unzufrieden.  
(„Die Welt“)

**5. 2. 1974** FDP-Kritik an Entwurf nimmt zu.  
(„Kölner Stadtanzeiger“)

**13. 2. 1974** „Wir stehen fest zum Mitbestimmungskompromiß.  
(FDP-Fraktionsvorsitzender Mischnick in „Die Welt“)

**20. 2. 1974** Kabinett billigt Entwurf eines Gesetzes über Mitbestimmung.

**25. 2. 1974** FDP lehnt Änderung an Mitbestimmungsregelung ab.  
(„General-Anzeiger“, Bonn)

**1. 3. 1974** „Jeder, der in der heutigen betrieblichen Praxis tätig ist, weiß, daß in Urwahlen die wildesten Demagogen die größte Chance haben. Urwahl ist für größere Betriebe ein höchst dubioses Konzept.“  
(Bundesminister Maihofer in „Deutsche Zeitung“)

**17. 10. 1974** Es gibt keine überzeugende Alternative zum Koalitionsentwurf.  
(FDP-Sprecher, lt. dpa)

**23. 10. 1974** FDP kündigt Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Mitbestimmung an.  
(„Die Welt“)

**22. 12. 1974** Mitbestimmung soll 1975 zügig zu Ende gebracht werden.  
(FDP-Vorsitzender Genscher, lt. „Welt am Sonntag“)

**5. 1. 1975** FDP-Generalsekretär Bangemann fordert auf dem Dreikönigstreffen

der FDP in Stuttgart die Urwahl der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und schließt Kompromisse in diesem „zentralen Streitpunkt“ in scharfer Form aus; dies sei eine „liberale Existenzfrage“! (dpa)

**7. 1. 1975** Auch Genscher fordert Änderung am Entwurf zur Mitbestimmung. (dpa)

Graf Lambsdorff unterstützt Bange-  
manns Forderung nach Urwahl.  
(Frankfurter Allgemeine)

**8. 1. 1975** Genscher will die Mitbestimmung im nächsten Bundestag erneut behandelt wissen, „wenn sie in dieser Legislaturperiode nicht nach dem Wunsch der FDP ausfalle“. (It. „Süddeutsche Zeitung“)

## OSTPOLITIK

# Gedächtnisstütze für Illusionisten

**„Ich glaube, wir haben uns alle Illusionen gemacht . . . , und zwar gerade auch die Sympathisanten dieser Entspannungspolitik.“ Dieser Ausspruch von Staatssekretär Gaus am 31. Dezember 1974 hat als „späte Erkenntnis“ ein lebhaftes Echo in der deutschen Öffentlichkeit gefunden.**

In Kürze wird Gaus wieder mit Ost-Berlin verhandeln. Im Kabinettsbeschluss hierzu heißt es wieder einmal, die Bundesregierung wünsche „zügige Verhandlungen“. Diesmal ohne Illusionen? Auch heute — wie 1972 — stehen wieder Wahlen vor der Tür . . .

Als „Gedächtnisstütze“ für alle „Enttäuschten“ nachfolgend einige Zitate aus der Zeit, als man sich noch Illusionen machte:

„Der (Grundlagen-)Vertrag bricht das Eis auf, in dem das Verhältnis zwischen uns und der DDR eingefroren war.“ (Willy Brandt in der „Rheinzeitung“, 8. 11. 1972)

„Leistungen zählen: Der Grundvertrag bringt mehr menschliche Erleichterungen. Darauf können alle Deutschen stolz sein.“

(Überschrift einer SPD-Wahlanzeige in allen deutschen Tageszeitungen, 13. 11. 1972, d. h. 6 Tage vor dem Wahltag)

„Ich glaube, in einigen Jahren wird man rückblickend erkennen können, daß der Grundvertrag der Anfang vom Ende des Schießbefehls war.“

(Egon Bahr im Deutschen Fernsehen, 13. 11. 1972)

„Der (Grundlagen-)Vertrag zielt also nicht lediglich auf die formale Ausgestaltung der Beziehungen ab, sondern auf die Normalisierung der Gesamtsituation. Der so beschlossene und eingeleitete Weg verdient Vertrauen.“

(Egon Franke in SPD-Mitteilung für die Presse, 13. 11. 1972)

„Ich zweifle nicht an dem Willen der DDR, sich vertragsgemäß und absprachegemäß zu verhalten . . . wir sind uns nämlich einig . . .“

(Egon Bahr, im ZDF, 12. 12. 1972)

## ■ ARGUMENTE

# Inflation frißt Rentenerhöhung

**Der Bundestag hat Ende vergangener Woche den fälligen Gesetzentwurf für die Rentenerhöhung ab 1. Juli 1975 in erster Lesung beraten. Selbstverständlich stimmt die Union dem Gesetz zu, wie sie das auch bei den 17 vorangegangenen Rentenanpassungsgesetzen getan hat.**

**D**och sowohl Bundesarbeitsminister Arendt wie die SPD/FDP-Sprecher haben verschwiegen, daß

- die bruttolohnbezogene dynamische Rente auf dem Rentenreformkonzept der CDU/CSU von 1957 basiert, das gegen den erbitterten und langen Widerstand der SPD von der Union durchgesetzt wurde;
- die langandauernde inflationäre Entwicklung, für die heute die SPD/FDP-Koalition die volle Verantwortung trägt, zu Lasten gerade der Rentner geht.

### Hier die Tatsachen:

Steigerungssätze in der Rentenversicherung

1. 1. 1967	+	8,0	%
1. 1. 1968	+	8,1	%
1. 1. 1969	+	8,3	%
1. 1. 1970	+	6,35	%
1. 1. 1971	+	5,5	%
1. 1. 1972	+	6,3	%
1. 7. 1972	+	9,5	%
1. 7. 1973	+	11,35	%
1. 7. 1974	+	11,2	%
1. 7. 1975	+	11,0	%

Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte

1967	+	1,6	%
1968	+	1,6	%
1969	+	1,9	%
1970	+	3,4	%
1971	+	5,3	%
1972	+	5,5	%
1973	+	6,9	%
1974	+	7,0	%
1975	+	?	

### Aus diesen Zahlen geht klar hervor:

Zu Zeiten der von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen war die Differenz zwischen Steigerungsraten und Preisindex, also der Teuerung, wesentlich größer als heute, d. h. den Rentnern brachte damals die jeweilige Steigerung wesentlich mehr Kaufkraft als heute, wo der weitaus größte Teil der Rentenerhöhung von der Inflation „aufgefressen“ wird. Ein weiteres Beispiel dafür, daß die fatale Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Koalition vor allem die finanziell schwachen Gruppen unserer Bevölkerung trifft.

## ■ KPV

# Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik

**Unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Ministerpräsident Dr. Helmut Kohl, und des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Bundesminister a. D. Franz Josef Strauß, hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und der CSU Deutschlands (KPV) einen „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik“ ins Leben gerufen. Der Bundeswettbewerb soll, beginnend mit dem 5. Januar 1976, jeweils im dreijährigen Turnus ausgeschrieben werden.**

**D**er Wettbewerb soll dazu beitragen, wie der Vorsitzende der KPV, Dr. Horst Waffenschmidt, erläuterte, die bürgerliche Selbstverwaltung zu stärken und vorbildliche Leistungen auf dem Gebiet der Kommunalpolitik auszuzeichnen. Teilnahmeberechtigt sind alle Städte, Gemeinden und Kreise aufgrund von Anträgen der CDU- und CSU-Fraktionen, die Kommunalpolitischen Vereinigungen der CDU und CSU sowie Bürgerinitiativen, die sich die Wahrnehmung wichtiger Bedürfnisse und Belange zugunsten anderer Bürger zum Ziele gesetzt haben, sowie Vereine und sonstige Stellen, die aus eigenem Antrieb wichtige Leistungen zugunsten der Bürger erbringen.

Es werden insbesondere folgende Leistungen bewertet:

- Zusammenarbeit des Rates mit der Bürgerschaft;
- Bürgerinitiativen von Bürgern für andere Bürger;
- Freiwillige Übernahme kommunalpolitischer Verantwortung durch Bürger, Vereine, Einrichtungen usw. zur Besserung des bürgerschaftlichen Wohlbefindens auf den verschiedenen kommunalbedeutsamen Gebieten;
- Städtebauliche Entwicklung und Ordnung unter besonderer Förderung von Gesundheit und Sicherheit der Bürger sowie Maßnahmen zur Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes;
- Der Allgemeinheit dienende Einrichtungen auf den Gebieten Bildung, Erholung, Versorgung und Verkehr.

Grundlage für die Beurteilung ist das Bemühen der Städte, Gemeinden und Kreise, die Eigeninitiative und Leistungsfähigkeit der Bürger nicht durch kostspielige öffentliche Anlagen und Veranstaltungen zu verdrängen, sondern durch Gewährenlassen, Anregung und Förderung zu allgemeinem Nutzen und persönlicher Befriedigung beizutragen. Ferner werden alle Maßnahmen der Teilnehmerberechtigten gewertet, die die besondere Eigenart der Gemeinden und Städte erhalten und der Monotonie von Neubaugebieten durch gezielte Maßnahmen entgegenwirken.

Der Bundesvorsitzende der KPV beruft im Benehmen mit dem Bundesvorstand die Mitglieder der Prüfungskommission, die die Preisträger ermittelt. Die Sieger werden durch Plaketten geehrt. Sonder- und Ehrenpreise können vergeben werden.

# Achtung!



## ab 1. Februar 1975 Neues Versandzentrum

Weil wir Ihre Bestellungen noch schneller und genauer abwickeln wollen, haben wir mit einem der modernsten Spezialunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland einen Vertrag über die Einrichtung eines neuen Versandzentrums abgeschlossen. Gleichzeitig ist damit eine wesentliche Voraussetzung für die reibungslose Abwicklung des Bundestagswahlkampfes 1976 geschaffen worden.

**Ab 1. Februar 1975 richten Sie Ihre Bestellungen bitte an die folgende Adresse:**

**IS-Versandzentrum  
4830 Gütersloh 1  
Postfach 6666**

Selbstverständlich haben wir sichergestellt, daß Bestellungen, die noch versehentlich an das alte Versandzentrum gerichtet sind, an das Versandzentrum in Gütersloh weitergeleitet werden. Im übrigen: Wir haben die vertragliche Zusicherung, daß Ihre Bestellungen vom Versandzentrum in Gütersloh innerhalb von 24 Stunden bearbeitet und erledigt werden. Und noch ein weiterer Vorteil: Verpackungskosten werden Ihnen nicht mehr extra berechnet.

**ZITAT**

**Bildung  
ohne  
Chancen?**

*Vor etwas mehr als zehn Jahren machte Georg Picht mit seinem Schlagwort von der bevorstehenden „Bildungskatastrophe“ Schlagzeilen. Er warnte mit Blick auf internationale Vergleiche vor einem drohenden Bildungsdefizit in der Bundesrepublik in den siebziger Jahren.*

*Sofern nicht bis dahin Abiturienten- und vor allem Lehrerzahlen verdoppelt würden, drohe dem deutschen Bildungswesen der Ausverkauf. Die von Picht propagierte quantitative Bildungsexplosion hat inzwischen stattgefunden — aber nach einem Jahrzehnt voller Reformanstrengungen steht die Katastrophe heute erst recht vor der Tür.*

*Und — so widersinnig es klingen mag — es sind die Maßnahmen, die zur Verhinderung der Bildungskatastrophe getroffen wurden, die jetzt gerade das Gegenteil zu bewirken drohen . . .*

*Das Drama begann damit, daß der Appetit aufs Abitur angeregt wurde; es setzte sich da fort, wo per „Etikettenschwindel“ etwa aus biederen Ingenieurschulen Fachhochschulen wurden, wo wiederum Anreize vorhanden waren, über den Umstieg auf die Universität doch noch den höchsten und attraktivsten Abschluß zu erringen.*

**Anschrift:**

*Inzwischen verstopfen die Abiturienten den Zugang zu den Universitäten; der Numerus clausus schlug derart zu Buche, daß demnächst Zehntausende von Abiturienten auf der Straße stehen. Zugleich drängen sie ersatzweise in Positionen, die früher den „unteren“ Schulabschlüssen vorbehalten waren, und blockieren ihrerseits wieder den Berufsweg anderer.*

*Das Stichwort von der Jugendarbeitslosigkeit, keineswegs nur auf den Lehrbereich beschränkt, umschreibt nur unvollkommen das Problem. Denn zur Zeit wird darunter noch in erster Linie die konjunkturell bedingte Arbeitslosigkeit verstanden. Dahinter aber lauert die strukturelle Arbeitslosigkeit, deren Produkt ein Jugendproletariat sein wird.*

*Die Enttäuschung der Jugendlichen über das Ausbleiben der einst verheißenen Chancen kann dann in Aktivitäten umschlagen, gegen die die Studentenrevolte unseligen Angedenkens nur ein lindes Lüftchen gewesen sein wird.*

**Kölnische Rundschau, 20. 1. 1975**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementpreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UiD**